

Gemeinde Am Mellensee

Der Bürgermeister

Verwaltungsvorlage

☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Federführendes Amt Team I	Datum 11.04.2021	Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk) 99 / 22 / 2021
------------------------------	---------------------	--

Beratungsfolge:	Sitzungstermin:
Finanzausschuss	22.02.2021
BSK-Ausschuss	23.02.2021
Gemeindevertretung	18.05.2021

Betreff:

Satzung der Gemeinde Am Mellensee über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindereinrichtungen in der Trägerschaft der Gemeinde Am Mellensee (Kita-Gebührensatzung)

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt auf der Grundlage der Kalkulation zur Erhebung der Elternbeiträge die sich in der Anlage befindende Satzung der Gemeinde Am Mellensee über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindereinrichtungen in der Trägerschaft der Gemeinde Am Mellensee (Kita-Gebührensatzung) mit der Gebührenordnung.

Es wird nach der Kalkulation von 95 % der durchschnittlichen Höchstsätze bei einer Betreuungszeit (Krippe, Kindergarten - von 10,0 Std./Tag und Hort - 6,0 Std./Tag) ausgegangen.

Die Satzung zur Erhebung der Elternbeiträge ist am 01.01.2011 und die erste Änderungssatzung am 27.01.2018 in Kraft getreten.

Da nun schon einige Jahre vergangen sind, wurde eine Überarbeitung der Satzung der Elternbeiträge erforderlich. Grundlage für die Erhebung von Gebühren und Beiträgen ist eine Kalkulation.

Die Verwaltung ist angehalten, der Gemeindevertretung eine Kalkulation an Hand der ansatzfähigen Kosten nach den gesetzlichen Bestimmungen vorzulegen. Die Kalkulation erfolgt nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen. Die Kosten eines Kitaplatzes wurden anhand einer Mischkalkulation errechnet. Für die Erstellung bediente sich die Verwaltung eines externen Büros „Institut für Public Management“ (IPM). Dieses Büro hat bereits mehrfach, auch bestätigt durch Gerichtsentscheidungen, nachgewiesen, dass die Erarbeitung von Kalkulationen zur Erstellung von Kitasatzungen auf den richtigen Datensätzen basiert.

In der Sitzung am 21.09.2020 wurde Ihnen diese Kalkulation an Hand einer Mitteilungsvorlage zur Kenntnis gegeben.

Im Zuge der Vorbereitung der Sitzung wurde diese Kalkulation dem FW-Ausschuss (am 31.08.2020) und dem BSK-Ausschuss (am 15.09.2020) vorgestellt. Anfragen aus den Ausschüssen wurden beantwortet.

Mit E-Mail vom 11.02.2021 hat die Verwaltung dem Jugendamt die Satzung vorbehaltlich zur Kenntnis gegeben mit der Bitte um Stellungnahme. Mit E-Mail vom 15.02.2021 wurde unserer Bitte gefolgt. Die Hinweise wurden im vorliegenden Entwurf berücksichtigt.

In Auswertung dieser Kalkulation ist zu erkennen, dass die Kosten erheblich gestiegen sind.

Die Elternbeiträge sind sozialverträglich zu gestalten und nach dem Elterneinkommen, der Zahl ihrer unterhaltsberechtigten Kinder sowie dem vereinbarten Betreuungsumfang zu staffeln.

Das IPM erstellte auch auf Grundlage der Kalkulation eine Elternbeitragstabelle, welche als Grundlage für die Diskussion in der Gemeindevertretung bzw. den Ausschüssen diene.

Danach würden die Elternbeiträge sich wiederum erhöhen.

Die Kostenbeteiligung zur Finanzierung des Kita- und Hortbereiches stellte sich für das Jahr 2017 wie folgt dar: 50,64 % Anteil des Landkreises (wo diese Kosten auf die Gesamtausgaben berechnet wurden und nicht nur auf die laut Gesetz zustehenden Zuschüsse für das notwendige pädagogische Personal); 35,01 % Anteil der Gemeinde; 14,35 % Anteil der Eltern. Die Kostenbeteiligung zur Finanzierung des Kita- und Hortbereiches stellte sich für die Jahre 2018 bis 2020 wie folgt dar: 45,05 % Anteil des Landkreises (wo diese Kosten auf die Gesamtausgaben berechnet wurden und nicht nur auf die laut Gesetz zustehenden Zuschüsse für das notwendige pädagogische Personal); 36,54 % Anteil der Gemeinde; 18,41 % Anteil der Eltern.

Gemäß § 17 Abs. 3 Satz 1 KitaG legt der Träger von Einrichtungen die Elternbeiträge in eigener Verantwortung fest. Entsprechend § 17 Abs. 3 Satz 2 KitaG ist über die Grundsätze der Höhe der Staffelung der Elternbeiträge Einvernehmen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe herzustellen.

Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe prüft die Einhaltung der Sozialverträglichkeit sowie die Höhe und Staffelung der Elternbeiträge entsprechend der Mindestvorgaben des KitaG.

Die Herstellung des Einvernehmens soll sicherstellen, dass die Elternbeiträge der verschiedenen Träger im örtlichen Zuständigkeitsbereich des Jugendhilfeträgers nicht zu stark differieren.

Die Herstellung des Einvernehmens ist eine Voraussetzung für die formale Rechtmäßigkeit einer gültigen Satzung.

Gemäß § 24 des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches - Kinder- und Jugendhilfe - (Kindertagesstätten - KitaG) gibt es bis zum Ablauf des Kita-Jahres 2020/2021 eine Übergangsfrist für die Festlegung und Erhebung von Elternbeiträgen.

Die Eltern müssen für das letzte Jahr vor der Einschulung ihrer Kinder in den Kindertagesstätten keine Beiträge mehr bezahlen. Das Land gewährt dafür einen Einnahmeausfall in Höhe von 125,00 € je Kind/Monat (Pauschale).

Der Landkreis zahlt einen Ausgleich entgangener Einnahmen für Geringverdiener und den Personenkreis nach § 90 Abs. 4 des Achten Buches Sozialgesetz in Höhe von 12,50 € je Kind/Monat. Pandemiebedingt wurden seitens des Landes Einnahmeverluste für die durchgeführte Notbetreuung gewährt.

Im Jahr 2021 sieht das wie folgt aus.

Zitat:

Höhe der Zuwendung, Bemessungsgrundlage:

a. Pro Kind in einer geschlossenen Kindertagesstätte, für das kein Betreuungsangebot laut gültigem Betreuungsvertrag in Anspruch genommen wurde, wird eine Pauschale pro Monat wie folgt gewährt:

- o im Krippenbereich 160 €
- o im Kindergartenbereich 125 €
- o im Hortbereich 80 €.

b. Pro Kind mit Notbetreuungsanspruch in einer geschlossenen Kindertagesstätte, für das auf freiwilliger Basis zwischen Eltern und Einrichtungsträger nach Ziffer 4 Abs. 2 vereinbart worden ist, dass für den Zeitraum von mindestens einem Monat die Notbetreuung nur bis max. 50 % der bisher vereinbarten Betreuungsleistung in Anspruch genommen wird, wird die Pauschale pro Monat wie folgt gewährt:

- o im Krippenbereich 80 €
- o im Kindergartenbereich 63 €
- o im Hortbereich 40 €.

c. Pro Kind ohne Notbetreuungsanspruch in einer teilweise geöffneten Kindertagesstätte (Horteinrichtung), in denen aufgrund des Wechselunterrichts der Grundschule nur eine Betreuungsleistung bis zu 50 % in Anspruch genommen wird, wird eine Pauschale in Höhe von 40 € pro Monat gewährt.

d. Pro Kind in einer nicht geschlossenen Kindertagesstätte, für das auf freiwilliger Basis nach Ziffer 4 Abs. 2 zwischen Eltern und Einrichtungsträger vereinbart worden ist, dass für den Zeitraum von mindestens einem Monat die vertraglich vereinbarte Betreuungsleistung gar nicht oder bis max. 50 % in Anspruch genommen wird, wird die Pauschale pro Monat, bezogen auf die Inanspruchnahme der vertraglichen Betreuungsleistung, wie folgt gewährt:

Inanspruchnahme	keine Inanspruchnahme	bis 50 %
o im Krippenbereich:	160 €	80 €
o im Kindergartenbereich:	125 €	63 €.

Die Verwaltung hat die Elternbeiträge aus dem Jahr 2019 mit den noch nicht beschlossenen neuen Elternbeiträgen (auf der Basis der Landeselterntabelle) verglichen. Daraus entstand eine Differenz von rund 160.310,00 €.

Wie die Differenz zukünftig aussehen wird, kann zur Zeit nicht berechnet werden. In den Jahren 2020 und 2021 wird sich die Berechnungsgrundlage, das heißt, das Einkommen der Eltern (durch Kurzarbeitergeld, Arbeitslosigkeit) geändert haben.

Die Vergleichsrechnung mit dem Jahr 2019 hat bei Anwendung der Kalkulation ergeben, dass dort schon ein erhöhter Zuschuss von 36.524,55 € entsteht. Die Verwaltung kann eine Verringerung der kalkulatorischen Kosten auf 95 % aus haushälterischen Aspekten vertreten. Auf der Basis des Zahlenvergleiches mit dem Jahr 2019 wäre das ein zusätzlicher Zuschuss von 52.633,92 €.

Eine Senkung der kalkulierten Kosten auf einen noch niedrigeren Prozentsatz hätte zur Folge, dass der Zuschuss der Gemeinde weiterhin steigt.

Zuschuss bei 85 % der Kalkulation 84.852,67 €
 Zuschuss bei 75 % der Kalkulation ... 117.071,42 €
 Zuschuss bei 60 % der Kalkulation ... 165.399,54 €

Bei der Anwendung der Landeselterntabelle (wie vom BSKA-Ausschuss) empfohlen, würde der Zuschuss 171.607,94 € betragen.

Die Landeselterntabelle wurde aber dahingehend verändert, dass in dem vorliegenden Entwurf die Einkommensstufen nicht, wie dort vorgesehen in 2500,- € Schritten, sondern in 1000,- € Schritten berechnet wurden und die Höchstenbetreuungszeiten von über 50,0 h pro Woche im Krippen- bzw. Kiga-

Bereich und über 30,0 h pro Woche im Hort herausgenommen worden sind. Nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung werden die Beträge gemäß §3 Nr. 6 der Satzung nach dem Komma auf volle Euro auf- bzw. abgerundet.

Die finanziellen Auswirkungen aus dieser Beschlussvorlage können nicht beziffert werden, da sich die Auswirkung erst nach Inkrafttreten der Satzung erkennen lassen.

siehe auch Beschluss / Beschlussvorschlag:

Nr.: 190/22/2010;181/22/2010;192/22/2010 vom: 18.08.2010 Betreff: Satzung der Gemeinde Am Mellensee über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung von Kindereinrichtungen in der Gemeinde Am Mellensee (Kita-Satzung)

Fördermittel geprüft

☐ Ja ☐ Nein

gepl. Haushaltsjahr

Investitions-Nr.

Kosten gebunden
€

Kosten frei
€

Finanzielle Auswirkungen

☐ Ja ☒ Nein

Produkt
3650

Veranschlagung

im Ergebnisplan

☐ Ja, mit €

☒ Nein

im Finanzplan

☐ Ja, mit €

☒ Nein

Gesamtkosten der Maßnahmen
(Beschaffungs-/Herstellungskosten)

zur Zeit nicht ermittelbar €

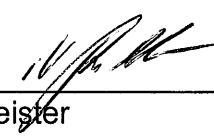
Jährliche Abschreibung

☐ Ja, mit €

☐ Nein


Dezernat

Kämmerei
zur Kenntnis


Bürgermeister